

Staatssekretär als Stromsparberater unterwegs

Positive Bilanz des Projekts „NRW bekämpft Energiearmut“

Politik trifft Praxis – unter diesem Motto besuchte der nordrhein-westfälische Umweltstaatssekretär Peter Knitsch (Grüne) das Caritas-Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ in Köln-Chorweiler. Im Rahmen dieser Initiative können sich Haushalte mit geringem Einkommen kostenlos und zu Hause zum Thema Energieeffizienz beraten lassen.

Gemeinsam mit einer Stromsparberaterin machte der Staatssekretär einen solchen Haushalts-Check, bei dem alle Energieverbräuche gemessen werden. Nach einer umfassenden Analyse erhält der Haushalt dann die passende Energie- und Wasserspar-Technik, um seine Energiekosten nachhaltig zu senken.

Knitsch sieht den Reiz des Stromspar-Checks in der Verknüpfung eines ökologischen Anliegens mit sozialpolitischen Herausforderungen: Angesichts steigender Energiekosten und drohender Stromsperren sei die Aktion eine gute Prävention gegen Energiearmut und ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Der Stromspar-Check der Caritas habe sich als ein gelungener Beitrag für die soziale Ausgestaltung der Energiewende erwiesen, lobte der Staatssekretär



Für die Caritas ist Versorgung mit Energie ein Menschenrecht und Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Peter Knitsch (Grüne, l.), Staatssekretär im Umwelt- und Verbraucherministerium NRW, und Caritas-Direktor Heinz-Josef Kessmann beim Abschluss des Projekts „NRW bekämpft Energiearmut“

Foto: Stommel

bei seinem Besuch in Köln-Chorweiler, wo gleichzeitig der Abschluss des Projekts „NRW bekämpft Energiearmut“ stattfand. In den vergangenen drei Jahren haben die Stromsparberater der Caritas in Aachen, Bochum, Dortmund, Köln und Krefeld mehr als 6300 Haushalte erreicht. Diese sparen nun über sechs Millionen Euro an Energiekosten ein. Vom gesunkenen Energieverbrauch profitieren aber auch die Kommunen: Sie tragen – zusammen mit dem Bund – die Kosten der Unterkunft bei Beziehern von Arbeitslosengeld II und sparen ebenfalls mit jedem Check. In der Summe belaufen sich diese Einsparungen mittlerweile auf insgesamt rund 1,5 Millionen Euro. Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in Nordrhein-Westfalen, unterstrich darüber hinaus die arbeitsmarktpolitische Zielsetzung des Projekts, denn der Stromspar-Check bietet ehemals langzeitarbeitslosen Menschen neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und

Auch wenn das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ nun auslaufe, sei die Nachfrage nach einer aufsuchenden Energiesparberatung auf Augenhöhe, verbunden mit Soforthilfen und Kühlgeräte-Zuschüssen, weiterhin groß. „Das Klima hat seinen Preis, und die Energiewende kostet; aber auf sie zu verzichten kostet ohne Zweifel noch viel mehr. Denn es geht bei dieser Frage um die Sicherung der Zukunft, um die Bewahrung der Schöpfung. Und da bleibt – gerade vor dem Hintergrund des UN-Klimagipfels – für Politik und Praxis noch einiges zu tun“, resümierte Kessmann, der Diözesan-Caritasdirektor in Münster ist. ◀

Nicola Buskotte



„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

Wir betreuen 10 000 Flüchtlinge

Der neue Landesgeschäftsführer des Malteser Hilfsdienstes gibt Gas

► Die Versorgung und menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen stellen das Land und die Kommunen vor enorme Schwierigkeiten. Was tun die Malteser?

Wir sehen diese schwierige Situation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, der wir uns als katholische Hilfsorganisation selbstverständlich stellen. Die Malteser unterstützen die Kreise und Kommunen seit Herbst 2014 in steigender Intensität in der Flüchtlingshilfe und haben in den letzten Wochen die Betreuung einer Vielzahl von Notunterkünften übernommen. Zurzeit betreuen wir rund 10 000 Flüchtlinge in NRW. Wir arbeiten in Landesunterkünften, kommunalen Unterkünften, Zentralen Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber, in der Registrierung von Flüchtlingen und an den Bahnhöfen Köln und Düsseldorf. Bis Ende November wurden für diese Betreuung über 500 neue hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt (Einrichtungsleiter, Betreuer, Dolmetscher usw.). Außerdem helfen wir bei der medizinischen Erstversorgung der Flüchtlinge und begleiten die mit dem Zug reisenden Flüchtlinge. Parallel dazu entwickeln wir aber auch Ideen, wie wir bei der Integration der vielen Tausend Menschen, die zu uns kommen, mitwirken können.

► Sie zeigen großen Einsatz bei der Betreuung von Flüchtlingen in NRW. Mit welchen Problemen haben Sie vor allem zu kämpfen?

Unser Engagement Ende 2014 und im Sommer dieses Jahres war nur dank unseres großen und starken Ehrenamtes möglich. Mitte 2015 waren wir aber an einem Punkt angelangt, an dem die Ehrenamtlichen entlastet werden mussten und wir damit begannen, hauptamtlich beschäftigte Mitarbeiter einzustellen. Oftmals ist der zeitliche Vorlauf für den Aufbau einer neuen Einrichtung sehr kurz, und es ist daher schwierig, in der Kürze der Zeit Mitarbeiter zu finden. Auch die Beschaffung der für eine Unterkunft notwendigen Ausstattung wird von Tag zu Tag schwieriger. Betten sind beispielsweise kaum noch zu bekommen. Dennoch läuft heute vieles besser als noch vor wenigen Monaten.



Thomas Berding hat Anfang August die Regional- und Landesgeschäftsführung des Malteser Hilfsdienstes e.V. in NRW übernommen. Er folgt Oliver Mirring, der die Malteser Ende Juli verlassen hat. Jeder vierte Malteser in Deutschland lebt in NRW. Mit über 230 000 aktiven und fördernden Mitgliedern ist der NRW-Landesverband der mitgliederstärkste in Deutschland.

► Die Malteser sind auf Aufträge im Rettungsdienst finanziell angewiesen, gleichzeitig ist in diesem Geschäft der Kostendruck durch Ausschreibungen und private Konkurrenten enorm angestiegen. Wie können Sie darauf in Zukunft reagieren?

Der Rettungsdienst ist ein Kerndienst der Malteser und in NRW ein wichtiges Aufgabenfeld für alle Hilfsorganisationen. Wir sensibilisieren seit Jahren die Verantwort-

lichen in Politik und Verwaltungen, dass der Rettungsdienst ein wichtiger Teil der Notfallvorsorge ist. Die aktuelle Flüchtlingssituation zeigt sehr deutlich, dass deren Bewältigung nur aufgrund der ehrenamtlich getragenen Katastrophenschutzstrukturen möglich ist. Einen derart leistungsfähigen Katastrophenschutz haben wir aber insbesondere dank seiner engen Verzahnung mit dem Rettungsdienst. Wir müssen den für die vom Gesetzgeber geforderten Ausschreibungen verantwortlichen Kreisen und Kommunen den Mehrwert einer Beteiligung von Hilfsorganisationen im Rettungsdienst für den Bevölkerungsschutz und die Gefahrenabwehr immer wieder verdeutlichen. Das novellierte Rettungsdienstgesetz wird unseren Forderungen stärker Rechnung tragen, aber noch ist es nicht umgesetzt.

► Sie selbst sind erst seit August im Amt, mussten im Angesicht der Flüchtlingskrise direkt durchstarten. Wie geht es weiter?

Wir werden unser Ehrenamt stärken, bestehende Dienste weiterentwickeln und mit neuen beginnen. Immer getragen von der Idee, uns da einzubringen, wo wir Nöten begegnen können. Unsere Kerndienste, der Fahrdienst und der Rettungsdienst, haben eine schwierige Zeit hinter sich. Ich bin von unserer Qualität und Leistungsfähigkeit überzeugt und sicher, dass wir neue Aufträge übernehmen werden. ◀

Fragen von M. Lahrmann, Interview per E-Mail

Kinderrechte auch für Flüchtlingskinder

Caritas fordert medizinische Betreuung von Kindern in Unterkünften

Für das Recht auf Privatsphäre auch für Flüchtlingskinder setzt sich die Caritas im Ruhrbistum ein. „Kinderrechte gelten uneingeschränkt auch für Flüchtlingskinder in jedem Land, in dem sie sich aufhalten, egal ob sie registriert sind oder nicht. Auch in deutschen Unterkünften werden diese Rechte oft nicht eingehalten, obwohl gerade Kinder und Jugendliche besonders schutzbedürftig sind“, sagte Andreas Meiwes, Direktor der Caritas im Bistum Essen.

Familien mit Kindern und Jugendlichen müssten schnell angemessenen Wohnraum bekommen, damit ihre Privatsphäre gewahrt werden könne, forderte Meiwes.

Artikel 24 der UN-Kinderrechtskonvention schreibt den Zugang von Kindern zu notwendiger ärztlicher Hilfe und Gesundheitsfürsorge vor. Meiwes: „Hinter diesem Anspruch bleiben wir weit zurück. Jede Unterkunft braucht eine medizinische Bereitschaft

rund um die Uhr. Fehlende gesundheitliche Versorgung hat nicht nur direkte organische Auswirkungen, sondern auch psychosoziale Folgen, die umso schädlicher sein können, je jünger die betroffenen Kinder sind.“ Der Caritasdirektor begrüßte ausdrücklich die neu geplante Monitoring-Stelle zur UN-Kinderrechtskonvention, die auf Empfehlung der Vereinten Nationen nun endlich auch in Deutschland eingerichtet wird. ◀

Steuern gegen Armut

Köln – Die Nationale Armutskonferenz (nak) fordert eine Zweckbindung von Erbschafts- und Vermögenssteuer, um Armut in Deutschland zu bekämpfen. „Es gibt bei vielen Erben durchaus ein Einsehen, enorme Vermögen bei ihrer Weitergabe an die nächste Generation etwas stärker zugunsten klarer, sozial nachvollziehbarer Verwendungen heranzuziehen“, sagte der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank J. Hensel. Nach Angaben der nak wächst in Deutschland jedes fünfte Kind in einer einkommensarmen Familie auf. Mitverantwortlich dafür macht die nak die unzureichenden Hartz-IV-Regelsätze. Hensel appellierte an die Politiker, endlich politische Entschiedenheit an den Tag zu legen: „Wir dürfen keine weiteren Jahre mehr verlieren.“ ◀

Mehr Geld für Behinderte nötig

Düsseldorf – Für die geplante Gleichstellung behinderter Menschen in Nordrhein-

Westfalen verlangen die Wohlfahrtsverbände von der rot-grünen Landesregierung mehr finanzielle Mittel. Zwar sei der Entwurf für ein Inklusionsstärkungsgesetz grundsätzlich zu begrüßen; er müsse aber noch deutlich präzisiert werden, heißt es in einer Stellungnahme der Freien Wohlfahrtspflege NRW an den Landtag. Die Wohlfahrtsverbände fordern vom Land für die gesellschaftliche Beteiligung gehandicapter Menschen mehr Finanzmittel für barrierefreie Kommunikation, Mobilität, Verwaltungsaufwand, Assistenz sowie Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche. Zudem müsse die Landesregierung auf die Städte und Gemeinden einwirken, dass die Belange Behinderter in den Kommunal-Satzungen festgeschrieben würden, so die Wohlfahrtsverbände. Zur stärkeren Einbindung der Verbände bei der Gleichstellung behinderter Menschen werde vom Land das Instrument der Zielvereinbarung bisher zu wenig genutzt. Dazu gehöre auch eine entsprechende „Wirkungskontrolle“. ◀

Aufwertung der Beratung gelobt

Essen – Die Caritas im Bistum Essen hat die Aufwertung der Beratung im nun verabschiedeten Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) begrüßt. Zugleich kritisiert der Verband, dass diese auch nach der Gesetzesnovelle unterfinanziert bleibe – und das bei steigendem Bedarf. „In der Praxis bedeuten die nun vom Bundesministerium für Gesundheit gepriesenen Anhebungen der Beratungsvergütung gerade mal einen Euro mehr, wie eine Vergleichsberechnung zeigt. Wenn es an die Bezahlung geht, ist der Gesetzgeber eher kleinlich“, konkretisiert Pflege-Experte Frank Krursel. So könnten in den Pflegegraden 2 und 3 statt früher 22 Euro nun bis zu 23 Euro und in den Pflegegraden 4 und 5 statt zuvor 32 Euro nun bis zu 33 Euro abgerechnet werden. „Wir werden weiter politisch dafür eintreten, dass dieser Bereich auch in der Finanzierung höhere Anerkennung erfährt. Auch in der Beratung beweist sich Pflegequalität“, erklärt der Direktor der Caritas im Bistum Essen, Andreas Meiwes. ◀

Für einen chancengerechten und integrativen Arbeitsmarkt

Gemeinsamer Aufruf von Kirchen und Sozialverbänden

Für eine nachhaltige Veränderung der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose setzt sich die Caritas in NRW ein. Sie schließt sich damit einem gemeinsamen Aufruf des Bistums Trier und der Evangelischen Kirche im Rheinland an, der auch vom Caritasverband Trier und von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe unterstützt wird.

„Umdenken – Umsteuern – Umfinanzieren“ ist der Aufruf überschrieben, in dem es heißt: „Arbeit ist für den Menschen weit mehr als die Sicherung der materiellen Existenz.“ Arbeit sei Ausdruck der Würde des Menschen, identitäts- und sinnstiftend und „ein Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit“. Daher rufen die Kirchen und ihre Verbände auf, gängige Klischees zu überwinden, die Situation der Betroffenen differenziert zu betrachten und sich auf die Komplexität der Ursachen und Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit einzulassen. Die Kirchen fordern, den „schillernden ‚Erfolg‘ von Hartz IV nüchtern zu analysieren“:

Die Leistungsfähigkeit eines aktivierenden Sozialstaates müsse der Maßstab der Ausgestaltung von Hartz IV sein. „Dazu gehört aus unserer Sicht eine bedarfsorientierte Unterstützung von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, die die Person mit ihren individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten in den Mittelpunkt stellt.“ Daher müsse etwa in die personelle Ausstattung der Jobcenter investiert werden.

Auch solle dauerhaft in einen integrierenden Arbeitsmarkt investiert werden, heißt es in dem Aufruf: „Statt immer neue, zeitlich befristete und ineffiziente arbeitsmarktpolitische Programme zu finanzieren“,

soll in einen „auf dauerhafte Tragfähigkeit angelegten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt“ investiert werden. Ziel müsse sein, einen für alle Beteiligten chancengerechten integrativen Arbeitsmarkt zu schaffen. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL
Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:
Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20,
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

„Stille Nacht“

Weihnachtsmarken mit Mehrwert zugunsten der sozialen Arbeit

Auf der Weihnachtsmarke 2015 ist die alte, verschneite St.-Nikolai-Kirche in Oberndorf bei Salzburg angedeutet, in der die Kirchengemeinde gemeinsam das Lied „Stille Nacht“ singt.

Das Lied wurde am 24. Dezember 1818 in dieser Kirche uraufgeführt. Der damalige Hilfspriester der neu errichteten Pfarrei St. Nicola in Oberndorf, Josef Mohr, hatten den Organisten Franz Gruber gebeten, das von ihm verfasste Gedicht mit einer hierauf passenden Melodie für zwei Solostimmen samt Chor und – da die Orgel defekt war – mit Gitarrenbegleitung zu vertonen.

Gruber überreichte am 24. Dezember 1818 dem musikkundigen Mohr seine Komposition. Da diesem das Lied gefiel, wurde es im Rahmen der Christmette gesungen. Am Ende der Weihnachtsmette gab es allgemeinen Beifall.

Inzwischen hat das Lied „Stille Nacht“ längst die Welt erobert und wurde bereits in über 300 Sprachen und Dialekte übersetzt. –

Weihnachtsgrüße lassen sich mit kleinen Spenden verbinden, die in der Menge eine große Summe ergeben. Die Caritas bietet zum Fest wieder Weihnachtsmarken an. Neben den 62 Cent Porto werden sie mit einem Zuschlag von 30 Cent verkauft, der in soziale Projekte fließt. Das Motiv mit der St.-Nikolai-Kirche in Oberndorf, in der 1818 das Lied „Stille Nacht“ uraufgeführt wurde, ergänzt die ganzjährig erhältlichen Wohlfahrtsmarken. Bundesweit kamen durch den Verkauf allein bei Kirche und Caritas im vergangenen Jahr 2,4 Millionen Euro zusammen. ◀

Hinweis: Die Weihnachtsmarken können direkt unter www.caritas-wohlfahrtsmarken.de bestellt werden.



*Herausgeber und
Redaktion wünschen
allen Leserinnen und
Lesern einen
besinnlichen Advent
und ein frohes
Weihnachtsfest!*